I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Arthur Brunhart
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2012

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jubiläumsjahr 2012 (150 Jahre Landtag) informiert.

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2012 an insgesamt 21.5 Sitzungstagen während rund 184 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 19 Sitzungstage, ca. 150 Stunden). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 1. März 2012 trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung begann am 21. März 2012, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 23. Dezember 2012. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 8.5 Stunden. Im Jahr 2012 wurden 189 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt (Vorjahr 163). 86 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 68). Zudem behandelte der Landtag 12 Finanzvorlagen und 24 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 32 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Stellenplan oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 18-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Während des Berichtsjahrs wurde ein Einbürgerungsgesuch (Vorjahr keines) durch den Landtag in Behandlung gezogen. Die Land-tagsabgeordneten reichten im Berichtsjahr 22 parlamentarische Eingänge (Vorjahr 31), davon 4 Initiativen, 2 Petitionen, 6 Postulate, 5 Motionen und 5 Interpellationen, ein. Die Initiativen zielten auf folgende Themengebiete ab: Die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen, Abänderung des Strafgesetzbuches betreffend Schwangerschaftsabbruch, Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie die Abänderung der Landesverfassung betreffend «Ja – damit deine Stimme zählt». Die Petitionen befassten sich mit Baulandumlegungen sowie mit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal. Die Postulate handelten von der demografischen Entwicklung, vom Elternurlaub, vom Energieland FL, von Menschen mit Behinderung, vom Grenzsteuersatz für Spitzenverdiener und vom Schwangerschaftskonflikt. Die Motionen betrafen das Holzheizkraftwerk Balzers, das Holzheizkraftwerk Malbun, einen Finanzbeschluss bezüglich SZU II, den Schwangerschaftsabbruch nach Schweizer Modell sowie die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der medizinischen Leistungen. Die Interpellationen schliesslich handelten von der Casino-Konzessionsvergabe, von der fairen Besteuerung von Liegenschaften, von der Schulstandort- und Schulraumplanung, von der Telecom FL und vom Gesellschaftsrecht. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Auch im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten regelmässig Kleine Anfragen an die Regierung. Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 10-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Ämterprüfungen, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Arthur Brunhart mit der Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und den Abgeordneten Günther Kranz, Peter Hilti und Elmar Kindle tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr einmal.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission
Die Aussenpolitische Kommission tagte in 9 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz), die Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und die Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Peter Hilti

und Albert Frick als Mitglieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem regelmässig über den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Das Hauptaugenmerk lag im Jahre 2012 auf dem Abschluss von Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern sowie auf dem Abschluss weiterer bilateraler Abkommen in Steuerangelegenheiten (TIEA). Zudem traf sich die APK u.a. mit Abgeordneten des Kongresses und Senatoren in Washington (im Mai) und mit dem Bundestagspräsidenten und Bundestagsabgeordneten in Berlin (im Juni) zu Arbeitsgesprächen. Im Oktober weilte ausserdem Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert zum Gegenbesuch in Liechtenstein.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2012 von den Abgeordneten Diana Hilti (Vorsitz), Werner Kranz, Elmar Kindle, Thomas Vogt und Wendelin Lampert gebildet. In 14 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 1997 Nr. 61) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzesmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen, Berichte der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht etc.) und dem neu hinzugekommenen Standardtraktandum betreffend die Sanierung des Staatshaushalts gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende erwähnenswerte Behandlungsthemen: Liechtensteinische Landesbank AG; Pensionsversicherung für das Staatspersonal; Schulstandort- und Schulraumplanung; Massnahmen infolge der Verwaltungsreform; Liquidationskosten MSInvest AG mvK.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 12 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Manfred Batliner (Vorsitz), Gerold Büchel, Peter Büchel, Pepo Frick und Gebhard Negele an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle lag das Hauptaugenmerk im Berichtsjahr 2012 vor allen Dingen auf der Kontrolle der Eignerstrategien gemäss dem Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen. Des Weiteren standen u.a. folgende Traktanden/Themenbereiche im Mittelpunkt: Pensionsversicherung für das Staatspersonal; Liechtensteinische Landesbank AG; Internes Kontrollsystem bei der Landesverwaltung; Telecom FL; Amt für Soziale Dienste; Liecht. Landesmuseum. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission der Staatsanwaltschaft und der FIU einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Stellen. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Landtagsbüro

Neben Landtagspräsident Arthur Brunhart und Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend gehörten die Fraktionssprecher Peter Hilti (VU), Johannes Kaiser (FBP) sowie der Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an. Das Landtagsbüro trat im Berichtsjahr zu 12 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen. Des Weiteren waren die folgenden Themen/Ereignisse relevant: Wahl der Leitung der Finanzkontrolle; Reform der Geschäftsordnung für den Landtag und des Geschäftsverkehrsgesetzes; Jubiläum «150 Jahre Landtag»; Landtagsbudget 2013; Besuch des Präsidiums des Stadtparlaments St. Gallen; Besuch der deutschsprachigen Gesellschaft Belgiens; Besuch belgischer Parlamentarier.

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag bei Bedarf besondere Kommissionen bestellen und einsetzen. Ihre Funktionsdauer endet dabei mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Die besonderen Kommissionen bereiten dabei ein-

zelne Gesetze oder andere Geschäfte vor und stellen dem Landtag entsprechend Antrag.

EWR-Kommission
Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Be¬handlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Gerold Büchel (Vorsitz), Marlies Amann-Marxer und Renate Wohlwend überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verord¬nungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2012 wurden 486 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 6'816) durch 233 Beschlüsse (total seit Abkommen 2'740) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Kommission zur Reform der Geschäftsordnung
Die Mitglieder der Kommission zur Reform der Geschäftsordnung, Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz), Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Rainer Gopp, Pepo Frick und Jürgen Beck tagten im Berichtsjahr 8 mal, um die bestehende Geschäftsordnung des Landtags zu modernisieren - insbesondere hinsichtlich des Ziels einer Effizienzsteigerung in der Plenumsarbeit - zu überarbeiten und (wie auch das ebenfalls betroffene Geschäftsverkehrsgesetz) dem Landtag abschliessend zur Behandlung vorzulegen. Ende des Jahres wurden dann sowohl das Geschäftsverkehrsgesetz als auch die Geschäftsordnung vom Landtag verabschiedet. Die neue Geschäftsordnung für den Landtag tritt per 1. Februar 2013 in Kraft.

Kommission Landesspital
Die Mitglieder der Kommission Landesspital die Abgeordneten Rainer Goop (Vorsitz), Christian Batliner, Pepo Frick, Diana Hilti und Peter Hilti traten im Berichtsjahr an 17 Sitzungen zusammen. Davon fanden 12 mit der Regierung und dem Stiftungsrat des Landesspitals statt. Schwerpunkt der gemeinsamen Sitzungen war der regelmässige und offene Informationsaustausch aller Beteiligten zum laufenden Prozess. Somit konnte eine zeitnahe Begleitung und Kontrolle durch die Kommission gewährleistet werden. Nach der Bestellung der Kommission im November 2011, waren im Frühjahr 2012 erste Zwischenberichte seitens BLK und Regierung fällig, welche im Juni vom Landtag zur Kenntnis genommen wurden. Anschliessend wurde die Regierung beauftragt, einen weiteren Bericht mit den Themen Eignerstrategie, Leistungsauftrag, Betriebsmodell, Leistungen, Zielmodell und Standortevaluation zuhanden der Kommission zu erstellen. Dies sollte dem Landtag die Möglichkeit bieten, noch vor Beginn der Umsetzungsphase über alle wichtigen strategischen Eckpfeiler des neuen Spitalkonzepts öffentlich diskutieren zu können. Der abschliessende Bericht der Kommission wurde im Dezember vom Landtag diskutiert und zur Kenntnis genommen.

Richterauswahlgremium
Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Gisela Biedermann, Johannes Kaiser und Pepo Frick trat im Berichtsjahr zu 6 Sitzungen zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidatenvorschläge wurden von diesem allesamt gutgeheissen.

Parlamentarische Delegationen
Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Gebhard Negele (Delegationsleiter), Doris Frommelt und der stellvertretende Abgeordnete Leander Schädler vertraten Liechtenstein im Jahre 2012 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg. Im Berichtsjahr fanden insgesamt vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg statt (Winter-, Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsession), an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war. Ausserhalb dieser Sessionswochen wurden weitere Sitzungen verschiedenster Fachkommissionen des Europarates (z.B. Wirtschaft, Migration, Soziales, Kultur) in Strassburg oder an unterschiedlichen Orten im europäischen Ausland abgehalten. Die liechtensteinischen Delegierten nahmen vereinzelt auch an diesen Sitzungen teil. Pro Jahr werden die Delegationsmitglieder rund fünf bis sechs Wochen für diese Aufgaben beansprucht. An den Sessionen wurde unter anderem über nachstehende Traktanden debattiert: Definition des Begriffs politischer Gefangener, europäische Antwort zur Humanitären Krise in Syrien, Verhaltenskodex der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung, Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Sparmassnahmen – eine Gefahr für Demokratie und soziale Rechte, Folgen der Wirtschaftskrise für kommunale und regionale Behörden in Europa, Mehrfachdiskriminierung

muslimischer Frauen in Europa, Demokratiekrise und die Rolle des Staates im Europa von heute, Darstellung von Migranten und Flüchtlingen in Wahlkampagnen, Demokratiekrise in Ägypten, Europäische Institutionen und Menschenrechte in Europa, Roma-Migranten in Europa, Politischer Übergang in Tunesien, Unzulässigkeit von Einschränkungen der Freizügigkeit als Strafe für politische Positionen, Fortschritte des Monitoring-Verfahrens der Versammlung, Gleichstellung von Frau und Mann; eine Voraussetzung für den Erfolg des Arabischen Frühlings, Zukunft des Europäischen Menschengerichtshofs und die Brighton Deklaration, Förderung einer angemessenen Politik betreffend Steueroasen, Situation in Weissrussland und Funktionieren der Demokratischen Institutionen in der Ukraine.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee

Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EWR- und EFTA-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr 2012 aus den Abgeordneten Harry Quaderer (Delegationsleiter), Albert Frick und den stellvertretenden Abgeordneten Helmuth Büchel und Marion Kindle-Kühnis zusammen. Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Delegation nahm im Berichtsjahr an allen Meetings teil. Am 6. Februar fand in Brüssel das 103. CMP- und 70. MPS-Meeting statt. Die Schwerpunktthemen des Meetings waren einerseits die Zusammenarbeit mit den EU-Agenturen Frontex, Eurojust und Europol sowie andererseits der Norwegische Bericht zur Überprüfung des EWR-Abkommens. Es fanden verschiedene Referate und Diskussionen statt. Anschliessend fand vom 6.-10. Februar ein CMP-Delegationsbesuch in Jakarta statt. Hauptzweck der verschiedenen Treffen war die Diskussion mit Gesetzgebern, Beamten und Interessensvertretern über die Vorzüge der verstärkten Handelsbeziehungen zwischen der EFTA und Indonesien zur Unterstützung der laufenden Verhandlungen zwischen der EFTA und Indonesien für ein umfassendes Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen. Das 38. JPC-Meeting fand vom 2.-4. April in Akureyri statt. Es wurden die folgenden drei Beschlüsse verabschiedet: «Jahresbericht 2011 über das Funktionieren des EWR», «Die Überprüfung des EWR» und «Diskussionspapier für einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum». Vom 28.-29. Juni nahm die Delegation am 104. CMP- und 71. MPS-Meeting, am 46. EFTA-Ministertreffen sowie am 13. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Gstaad teil. Am CMP- und MPS-Meeting wurde u.a. der Bericht «Freier Personenverkehr und Schengen» behandelt. Die Minister informierten über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Am 12. November nahm die Delegation am 105. CMP- und 72. MPS-Meeting sowie am 47. EFTA-Ministertreffen in Genf teil. Am CMP- und MPS-Meeting wurde der Beschluss «Freier Personenverkehr» verabschiedet. Schwerpunkt des Ministertreffens war die Unterzeichnung der gemeinsamen Zusammenarbeitserklärung mit Pakistan. Am 26. November fand das 4. EFTA-Standing Komitee Meeting auf Ministerebene mit dem Parlamentarier- und Konsultativkomitee in Brüssel statt. Hauptthema des Meetings war die Information seitens der Minister über das Ergebnis des EWR-Ratstreffens sowie über die aktuellen Kernpunkte der EWR-Agenda. Ebenfalls in Brüssel nahm die Delegation am zweiten Treffen mit dem EWR/EFTA-Forum für lokale und regionale Behörden teil. Am 27. November fand das 39. JPC-Meeting in Brüssel statt. Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse verabschiedet: «EU-Programme 2014-2020 und die Teilnahme der EWR/EFTA-Staaten», «Die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an den EU-Agenturen», «Die Reform der EU zur gemeinsamen Fischereipolitik» und «Die Zukunft der EU-Energiepolitik und seine Auswirkungen auf den EWR».

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Berichtsjahr 2012 aus dem Stv. Abgeordneten Hubert Lampert (Delegationsleiter), der stellvertretenden Abgeordneten Marion Kindle-Kühnis, dem Abgeordneten Werner Kranz und dem stellvertretenden Abgeordneten Helmuth Büchel zusammen. Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Ein Gesichtspunkt, der für die Herausforderungen der Demokratie im OSZE-Raum von zentraler Wichtigkeit ist. Die Delegation nahm im Berichtsjahr an der Wintertagung und an der Jahresversammlung teil. An die Herbsttagung konnte keine Delegation entsandt werden. Die 11. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 23. bis 24. Februar in Wien statt. An den Sitzungen der drei Ausschüsse wurden die Themen für die Jahrestagung erläutert und spezifiziert. Die 21. Jahresversammlung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 5. bis 9. Juli in Monaco statt. Thema der Tagung war «Die OSZE – eine Region im Wandel». Der von Liechtenstein eingebrachte Beschluss «Auswirkungen der Kleinstaaten auf die OSZE» wurde mit einer grossen Mehrheit von der Versammlung angenommen. Der Beschluss begrüsst insbesondere die Bemühungen des Fürstentums Monaco zur Durchführung der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung. Weiter ruft der Beschluss die 56 Teilnehmerstaaten dazu auf, die Kleinstaaten in der Pflege ihrer OSZE-Standards sowie in der Erhaltung ihrer Identität, Sicherheit und Souveränität zu unterstützen und sie als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Weitere Themen die zur Diskussion standen waren die wirtschaftliche Erholung, das iranische Atomprogramm, die Demokratie in der arabischen Welt, die militärische Zusammenarbeit sowie die Menschenrechte insbesondere in Weissrussland, Russland und der Ukraine. Am

Ende der Tagung wurde die «Monaco Deklaration» verabschiedet, welche die Mitgliedsstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 4. bis 7. Oktober in Tirana statt. Das Thema der Tagung war «Die OSZE – Förderung der verantwortungsbewussten Regierungsführung und Integration als Basis für Stabilität und Sicherheit». Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung jeweils die Möglichkeit, mit Fachexperten über spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, zu diskutieren.

Interparlamentarische Union (IPU)
Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder im Berichtsjahr die Abgeordneten Jürgen Beck (Delegationsleiter), Doris Frommelt als ordentliches Mitglied sowie die stellvertretenden Abgeordneten Marion Kindle-Kühnis und Stefan Wenaweser an. Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben diversen Sitzungen der unterschiedlichen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die 126. IPU-Konferenz tagte vom 31. März bis 50. April 2012 in Kampala (Uganda), die 127. IPU-Konferenz vom 21. bis 26. Oktober 2012 in Québec (Kanada). Die liechtensteinische Delegation verzichtete aufgrund der relativierten Beratungsthemenrelevanz für Liechtenstein und aus Kostengründen infolge der angespannten Staatshaushaltslage auf eine Teilnahme in Kampala. In Québec war die liechtensteinische Delegation durch Jürgen Beck, Doris Frommelt und Delegationssekretär Josef Hilti vertreten. An der 126. IPU-Konferenz in Uganda wurde insbesondere über die folgenden Themengebiete debattiert: Aufgrund der Aktualität der Bürgerkrieg in Syrien und die damit verbundene Verletzung von Menschenrechten und entsprechende Hilfsmöglichkeiten für alle bedürftigen involvierten Personen. Im Zuge dessen wurde auch die notwendige Unterstützung der Friedensbemühungen der Arabischen Liga und der Vereinten Nationen diskutiert; die Unterstützung und Förderung von «Good Governance» im Sinne von Frieden und Sicherheit am Beispiel bereits geförderter Massnahmen im mittleren Osten und Nordafrika; Gesundheitszugang als Menschenrecht und damit verbundene Schlüsselmassnahmen zur internationalen Sicherung der Gesundheit bei Frauen und Kinder. An der Konferenz In Québec wurden die folgenden Themengebiete erörtert: Aufgrund der Aktualität die bedrohten Institutionen und die Sicherheitslage in Mali; die Rolle des Parlaments zum Schutz des Lebens von Zivilpersonen; Fairer Handel und innovative Finanzierungsmechanismen für eine nachhaltige Entwicklung; der Einsatz von Medien zur Stärkung der Demokratie; das Jahresprogramm 2013 inklusive Budget sowie die Durchführung von entsprechenden Wahlen in diverse IPU-Gremien.

Parlamentarier-Kommission Bodensee
Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Delegationsleiter), der Abgeordnete Rainer Gopp und der stellvertretende Abgeordnete Dominik Oehri den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (38. Sitzung) fand am 30. März 2012 im Reka-Feriendorf in Urnäsch unter dem Vorsitz von Kantonsratspräsident Konrad Meier statt. Den liechtensteinischen Landtag vertraten Präsident Arthur Brunhart und der Abgeordnete Rainer Gopp. Schwerpunktthema der Tagung war «Zwischenräume – Chancen und Risiken der Bodenseeregion als Zwischenraum». Die Herbsttagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee fand am 19. Oktober 2012 im Kursaal in Heiden unter dem Vorsitz von Kantonsratspräsident Ivo Müller statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand erneut das Thema «Zwischenräume», wobei diesmal Projekte aus den Mitgliedsländern und –kantonen vorgestellt wurden. Der Landtag war erneut durch Arthur Brunhart und Rainer Gopp vertreten. Die alljährliche Präsidentenkonferenz unter dem Beisein von Landtagspräsident Arthur Brunhart fand im Berichtsjahr am 15. Juni in Trogen statt. Diese Treffen dienen zum einen der Pflege von bestehenden und zum anderen dem Knüpfen von neuen Kontakten sowie dem Ausbau des wertvollen Netzwerkes innerhalb der Bodenseeregion. Der Freistaat Bayern wird im Jahr 2013 den Vorsitz innehaben.

Landtagssekretariat

Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm das Landtagssekretariat seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Somit existiert auch erst seit diesem Zeitpunkt ein eigentlicher Parlamentsdienst in Liechtenstein. Heute besteht das Landtagssekretariat aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten und drei Teilzeit-Mitarbeiterinnen. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden vom Landtag bestellt. Der Aufgabenbereich des Sekretariats ist in der Geschäftsordnung für den Landtag, LGBl. 1997 Nr. 61, Art. 15 und 16 umschrieben. Er sieht insbesondere die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse vor. Zudem ist das Landtagssekretariat die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und inter-

nationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Bestehen des Landtagssekretariats insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Das Landtagssekretariat verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung über 6.60 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Landtagssekretariat angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2012

Eröffnungssitzung vom 1. März 2012

- Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache der Alterspräsidentin Doris Frommelt
- Wahl des Landtagspräsidenten
  Abg. Arthur Brunhart
- Wahl der Landtagsvizepräsidentin
  Abg. Renate Wohlwend
- Wahl der Schriftführer
  Abg. Gerold Büchel
  Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission
  Landtagspräsident Arthur Brunhart, Vorsitz
  Abg. Marlies Amann-Marxer
  Abg. Albert Frick
  Abg. Peter Hilti
  Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
- Wahl der Finanzkommission
  Abg. Diana Hilti, Vorsitz
  Abg. Elmar Kindle
  Abg. Werner Kranz
  Abg. Wendelin Lampert
  Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
  Abg. Manfred Batliner, Vorsitz
  Abg. Gerold Büchel
  Abg. Peter Büchel
  Abg. Pepo Frick
  Abg. Gebhard Negele

Öffentliche Landtagssitzung vom 21./22./23. März 2012

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. März 2012
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 23./24./25. November 2011
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 14./15. Dezember 2011
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 1. März 2012
- Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative zur Änderung der Landesverfassung (Nr. 17/2012)
  Der Vorprüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen. Es wird festgestellt, dass die Initiative zulässig ist.
- Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative zur Abänderung des Art. 16 Abs. 2 des Gesetzes über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (Öffentliche-Unternehmen-Steuerungs-Gesetz; ÖUSG) (Nr. 16/2012)
  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Stellungnahme zur Initiative betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch) (Nr. 15/2012)
  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Verteilungsgerechtigkeit (Nr. 5/2012)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend den FL-Strafvollzug: Sparpotenzial und Resozialisierung (Nr. 13/2012)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Schulstandort- und Schulraumplanung 2015/2020 (Sekundarstufe I und Sekundarstufe II) (Nr. 18/2012)
  Dem Bau eines SZU II (reduzierter Umfang) und den weiteren damit verbundenen Massnahmen wird zugestimmt.
- Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  - Logo für Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  - finanzielle Allgemeinbildung
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
  - Schiffsregister
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Aufsichtspflicht der FMA beim Millionenbetrug der Money Service Group
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Kindertagesstätten
  - Landesmuseum
  - grosses goldenes Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - staatliche Pensionsversicherung
  - Sparpotenzial mit Tarmed
  - Eliminierung der Einführungsklasse in Triesenberg
- Anfragen des Abg. Albert Frick:
  - EYOF 2015
  - Familienpolitik
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  - Jahrestag von Fukushima
  - Hackschnitzelgrossanlage in Balzers
  - Verkehrsbetrieb LIECHTENSTEINmobil
  - Drogenpolitik betreffend Cannabis
  - Steueramnestie 2011
- Abänderung des Gesetzes vom 16. September 2009

über die Amtshilfe in Steuersachen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Steueramtshilfegesetz-USA; AHG-USA) (Nr. 23/2012); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Postulatsbeantwortung betreffend die Vereinheitlichung von Rechtsmittelfristen auf vier Wochen und die Einführung von Gerichtsferien in anderen Verfahren (Nr. 19/2012)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 24. August 2011 abgeschrieben.

– Wahl zweier Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2011/66
Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes werden gewählt:
Dr. Matthias Niedermüller, Feldkircherstrasse 15, 9494 Schaan
Dr. Alexander Ospelt, Landstrasse 99, 9494 Schaan

– Wahl eines Ad-hoc-Vorsitzenden für die Landesgrundverkehrskommission für das Verfahren LGVK 2011/01
Als Ad-hoc-Vorsitzender für die Landesgrundverkehrskommission wird gewählt:
lic.iur. Christoph Büchel, Feldstrasse 11, 9490 Vaduz

– Wahl der Regelungskommission
Die Regelungskommission wird wie folgt bestellt:
Präsident: Konrad Lanser, Bahngasse 9, A-6850 Dornbirn
Vizepräsident: Wilhelm Ungerank, Badäl 225, 9487 Gamprin-Bendern
Mitglieder: Arthur Büchel, Palduinstrasse 2, 9496 Balzers; Ingrid Kaufmann-Sele, Bahnstrasse 61a, 9494 Schaan; Raimund Kieber, Im Lutzfeld 20, 9493 Mauren; Anton Schächle, Grasgarten 9, 9492 Eschen
Ersatzmitglieder: Philip Thöny, Altenbach 15, 9490 Vaduz; Albert Vogt, Gärten 1, 9496 Balzers

– Verpflichtungskredit für den Ersatzbau des ehemaligen Internattrakts (Trakt G) beim Schulzentrum Mühleholz I in Vaduz (Nr. 120/2011)
Die Vorlage wird zur Überarbeitung an die Regierung zurückgewiesen.

– Jahresbericht 2011 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.

– Jahresbericht 2011 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.

– Jahresbericht 2011 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.

– Jahresbericht 2011 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.

– Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Nr. 8/2011); [1. Lesung: 17. März 2011] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 14/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird auf die Landtagssitzung im April 2012 vertagt.

– Abänderung des Gesetzes über europäische Betriebsräte (Umsetzung der Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines europäischen Betriebsrates oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Neufassung) (Nr. 111/2011); [1. Lesung: 25. November 2011] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 1/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Waffengesetzes (Nr. 125/2011); [1. Lesung: 15. Dezember 2011]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Einführung allgemeiner Buchführungspflichten) (Nr. 134/2011); [1. Lesung: 15. Dezember 2011] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 3/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 10. und 11. Juni 2010 (Nr. 6/2012)
Den Änderungen wird zugestimmt.

– Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Hongkong, China, und das Abkommen über Arbeitsstandards zwischen den EFTA-Staaten und Hongkong, China, beide vom 21. Juni 2011 (Nr. 7/2012)
Dem Abkommen wird zugestimmt.

– Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Montenegro vom 14. November 2011 (Nr. 8/2012)
Dem Abkommen wird zugestimmt.

– Abänderung des Wertpapierprospektgesetzes (WPPG), des Offenlegungsgesetzes (OffG) und des Vermögensverwal-tungsgesetzes (VVG) (Nr. 2/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Verantwortlichkeit von Gesellschaftsorganen) (Nr. 4/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Revision des Stipendiengesetzes und des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 9/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Abänderung des Sozialhilfegesetzes (Nr. 10/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Nr. 20/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Reform des Erbrechts (Nr. 12/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Schaffung eines Gesetzes über den Konsumentenschutz bei Teilnutzungs- und Nutzungsvergünstigungsverträgen (Teilnutzungsgesetz; TNG) (Nr. 11/2012); 1. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 25. / 26. April 2012
– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 25./26. April 2012
– Initiative zur Abänderung des Art. 16 Abs. 2 des Gesetzes über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen; [1. Lesung: 21. März 2012]; 2. Lesung - Stellungnahme der Regierung (Nr. 29/2012)
Die Initiative wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Steuergesetzes (Nr. 123/2011); [1. Lesung: 25. November 2011]; 2. Lesung - Stellungnahme der Regierung (Nr. 21/2012)
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Kundmachungsgesetzes (Nr. 132/2011); [1. Lesung: 15. Dezember 2011]; 2. Lesung - Stellungnahme der Regierung (Nr. 22/2012)
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Wertpapierprospektgesetzes (WPPG), des Offenlegungsgesetzes (OffG) und des Vermögensverwaltungsgesetzes (VVG) (Nr. 2/2012); [1. Lesung: 22. März 2012]; 2. Lesung - Stellungnahme der Regierung (Nr. 28/2012)
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über den Konsumentenschutz bei Teilzeitnutzungs- und Nutzungsvergünstigungsverträgen (Teilzeitnutzungsgesetz; TNG) (Nr. 11/2012); [1. Lesung: 23. März 2012]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abkommen vom 17. November 2011 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 25/2012)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Initiative betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch) der Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Gisela Biedermann, Gerold Büchel, Albert Frick, Johannes Kaiser, Elmar Kindle und Renate Wohlwend vom 26. September 2011; 1. Lesung
Auf die Initiative wird nicht eingetreten.
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Landesmuseum
  – Money Service Group
  – Anfrage des Abg. Pepo Frick:
  – Gleichstellung der Ehegatten im Namens- und Bürgerrecht
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  – S-Bahn FL.A.CH
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Wildruhezonen
– Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  – Grenzgängerbesteuerung von Liechtenstein nach der Schweiz
– Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  – Tarmed
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Sozialhilfe
– Anfrage der Abg. Gisela Biedermann:
  – Karfreitag
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – Kunstschule
– Anfrage des Stv. Abg. Leander Schädler:
  – Schneeräumung auf der Schlossstrasse
– Initiative betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung der Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Doris Beck, Jürgen Beck, Gisela Biedermann, Peter Hilti, Günther Kranz, Werner Kranz, Gebhard Negele und Thomas Vogt vom 1. März 2012; 1. Lesung
Auf die Initiative wird nicht eingetreten.
– Motion zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nach Schweizer Modell des Abgeordneten Pepo Frick vom 3. April 2012
Die Motion wird zurückgezogen.
– Postulat zur Einführung eines sechsmonatigen bezahlten Elternurlaubs des Abgeordneten Pepo Frick vom 3. April 2012
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Postulat zur demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und die sozialen Institutionen der Abgeordneten Manfred Batliner, Gerold Büchel, Albert Frick, Doris Frommelt, Rainer Gopp, Johannes Kaiser, Peter Lampert, Wendelin Lampert und Renate Wohlwend vom 27. März 2012
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Schaffung eines Gesetzes über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG) sowie die Abänderung des Pensionsversicherungsgesetzes für das Staatspersonal (Nr. 24/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Bestellung eines Ad-hoc-Senates des Fürstlichen Obergerichtes für die Verfahren CO.2011.2 und CO.2011.4
Der Ad-hoc-Senat des Fürstlichen Obergerichtes für die Verfahren CO.2011.2 und CO.2011.4 wird wie folgt gewählt:
Senatsvorsitzender: Dr. Hermann Schöpf, Töbeleweg 9c, A-6800 Feldkirch
Ad-hoc-Richter: Lic.iur. HSG et dipl.nat. ETH Stefan Hassler, Im Rösle 3, 9494 Schaan
Dr. Alexander Ospelt LL.M., Landstrasse 99, 9494 Schaan
Lic.iur. Christian Ritter M.B.L-HSG, Rotenbodenstrasse 115, 9497 Triesenberg
Mag.iur. Stefan Rosenberger, Weihergasse 7a, A-6800 Feldkirch
– Wahl einer Richterin des Verwaltungsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 13.10.2012 bis 12.10.2017

Als Richterin des Verwaltungsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 13.10.2012 bis 12.10.2017 wird gewählt:
lic.iur. Marion Seeger, Kirchstrasse 11, 9490 Vaduz
– Wahl eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 13.10.2012 bis 12.10.2017
Als Ersatzrichter des Verwaltungsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 13.10.2012 bis 12.10.2017 wird gewählt:
lic.iur. Claudio Frick LL.M., Austrasse 79, 9490 Vaduz
– Wahl einer Richterin des Obergerichtes
Als Richterin des Obergerichtes wird gewählt:
lic.iur. Claudia Schädler-Bissig, Toniäulestrasse 4, 9490 Vaduz
– Wahl der Landesgrundverkehrskommission
Die Landesgrundverkehrskommission wird wie folgt gewählt:
Präsident: Lic.iur. Arno Sprenger, Tschingel 13a, 9496 Balzers
Vizepräsident: Lic.iur. Christian Ritter, Rotenbodenstrasse 115, 9497 Triesenberg
Mitglieder: Rita Hasler-Oehri, Rotengasse 49, 9491 Ruggell
Meinrad Oehri, Kopferweg 9, 9491 Ruggell
Alfons Ritter, Dorfstrasse 20, 9491 Ruggell
Luzia Walch, Oberbühl 15, 9498 Planken
Ersatzmitglieder: Hansjörg Büchel, Rietle 1, 9488 Schellenberg
Ewald Kieber, Egerta 25, 9488 Schellenberg
– Wahl der Landessteuerkommission
Die Landessteuerkommission wird wie folgt gewählt:
Präsident: Lic.iur. Christian Ritter, Rotenbodenstrasse 115, 9497 Triesenberg
Vizepräsident: Lic.iur. Daniel Thöny, Am Exerzierplatz 33c, 9490 Vaduz
Mitglieder: Arno Gassner, Im Ried 17, 9497 Triesenberg
Birgit Hilti-Öhri, Noflerstrasse 30, 9491 Ruggell
Daniel Wille, Drachenweg 18, 9496 Balzers
Ersatzmitglieder: Josef Büchel, Mühlegarten 19, 9491 Ruggell
Anton Frommelt, Litzistrasse 14, 9497 Triesenberg
Josef Hermann, Im Besch 8, 9494 Schaan
– Abänderung des Sozialhilfegesetzes (Nr. 10/2012); [1. Lesung: 22. März 2012]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Jahresbericht 2011 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2011 der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Totalrevision des Gesetzes über die Schulzahnpflege (Nr. 30/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Änderung des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung (Nr. 26/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und für dringlich erklärt.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 23. / 24. Mai 2012
– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 23./24./25. Mai 2012
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. März 2012
Das Protokoll wird genehmigt.
– Initiativbegehren zur Abänderung der Landesverfassung
Die Initiative wird abgelehnt und die Regierung mit der Anberaumung einer Volksabstimmung beauftragt.
– Motion betreffend einen neuen, reduzierten Finanzbeschluss für ein SZU II und die gleichzeitige Aufhebung des Finanzbeschlusses vom 16. September 2008 betreffend die Genehmigung eines Verpflichtungskredites für den Neubau eines zweiten Schulzentrums Unterland in Ruggell, LGBl. 2008 Nr. 269, der Abgeordneten Christian Batliner, Albert Frick, Doris Frommelt, Elmar Kindle und Peter Lampert vom 26. April 2012
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation «Schulstandorte und Schulraumplanung – im Kontext zum Landtagsbeschluss vom 21. März 2012» der Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Manfred Batliner, Doris Beck, Jürgen Beck, Gerold Büchel, Peter Büchel, Rainer Gopp, Johannes Kaiser, Günther Kranz, Werner Kranz und Renate Wohlwend vom 30. April 2012
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation «Liegenschaften fair besteuern» des Abgeordneten Pepo Frick vom 1. Mai 2012
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – statistische Analyse der Vermögens- und Erwerbsverteilung
  – Bedarfsplanung
  – Energiekonzept
  – Wirtschaftlichkeitsprüfung
  – Demenzstrategie
  – Saminatal
– Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  – Publikation der Umsätze der Leistungserbringer im Gesundheitswesen
– Anfrage der Abg. Diana Hilti:
  – Arzttarif
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – Ausland-Vergabe eines Sozialkapitallehrgangs
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  – Casino-Konzession
– Postulatsbeantwortung betreffend den Ausbau der Mobilität (Nr. 51/2012)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.

– Postulatsbeantwortung betreffend die Berücksichtigung von ökologischen Aspekten bei der Wohnbauförderung (Nr. 34/2012)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Verkehrsdienstebericht 2012 (Nr. 50/2012)
  Dem Verkehrsdienstebericht sowie dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
– Vereinbarung über das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (Nr. 48/2012)
  Der Vereinbarung wird zugestimmt.
– Massnahmenpaket II zur Sanierung des Landeshaushalts (Nr. 47/2012)
  Dem Massnahmenpaket wird zugestimmt.
– Tätigkeitsbericht 2011 der Datenschutzstelle
  Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht 2011 der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 31/ 2012)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht 2011 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 36/2012)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Erklärung der Besonderen Landtagskommission Landesspital
  Die Erklärung wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 38/2012)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 39/2012)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäfts- und Finanzbericht 2011 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 49/ 2012)
  Der Geschäfts- und Finanzbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht 2011 der Telecom Liechtenstein AG (Nr. 40/2012)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 41/2012)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht 2011 der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA) (Nr. 42/2012)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Berichte über die Justizpflege 2011 der Gerichte (Nr. 52/2012)
  Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht 2011 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 33/2012)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein (Nr. 53/2012)
  Der Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Nr. 8/2011); [1. Lesung: 17. März 2011] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 14/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Verantwortlichkeit von Gesellschaftsorganen) (Nr. 4/2012); [1. Lesung: 22. März 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 43/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Änderung der Vereinbarung zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die Umweltabgaben im Fürstentum Liechtenstein (Nr. 32/2012)
  Der Änderung wird zugestimmt.
– Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (26. Bereinigung), LGBl. 2012 Nr. 103
  Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des CO2-Gesetzes (Nr. 37/2012); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung der Strafprozessordnung, des Strafgesetzbuches und des Jugendgerichtsgesetzes (Nr. 44/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über die Wohnbauförderung und die Abänderung des Gesetzes über Mietbeiträge für Familien (Nr. 35/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Anpassung des Besoldungsgesetzes (Frühpensionierung) (Nr. 46/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Geschäftsverkehrsgesetzes; 1. Lesung
  Wird auf die Juni-Sitzung 2012 verschoben.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 20./21./22. Juni 2012

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21./22. Juni 2012
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 25./26. April 2012
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2013 (Nr. 63/2012)
  Der Staatsbeitrag wird auf CHF 52 Mio. festgelegt.
– Bericht der Besonderen Landtagskommission Landesspital (BLK) an den Landtag betreffend den aktuellen Stand in Sachen Neukonzeptionierung des Landesspitals (inkl. Bericht der Regierung an die Besondere Landtagskommission Landesspital)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und den Anträgen gemäss Bericht wird zugestimmt.
– Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  – Namensrecht
  – Analyse staatlicher Förderleistungen

  - Schaffung Rechtsgrundlage für In-Vitro-Fertilisationen
  - Stabsstelle für Chancengleichheit
  - Zusammenführung wichtiger Daten zur Verteilungsgerechtigkeit
  - Mietrecht
  - vorsorgliche Massnahmen gegen Immobilienkonkurse
- Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  - Schulstandorte- und Schulraumplanung
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - IWF-Beitritt
  - Vereine und das neue Steuergesetz
  - Bürokratie-Aktion bei der Regierung
- Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  - Öffentlichkeitsregister
- Anfrage der Abg. Diana Hilti:
  - Publikation der Umsatzzahlen der Ärzte
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - staatliche Pensionsversicherung
- Bewilligung von Nachtragskrediten (I/2012) (Nr. 67/2012)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Rechenschaftsbericht der Regierung 2011 (Nr. 45/2012)
  Der Rechenschaftsbericht sowie die Landesrechnung werden genehmigt, der Verrechnung des Aufwandüberschusses mit den Eigenmitteln wird zugestimmt.
- Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Landesrechnung 2011
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2011 der Finanzkontrolle
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Revision des Stipendiengesetzes und des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 9/2012); [1. Lesung: 22. März 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 62/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Reform des Erbrechts (Nr. 12/2012); [1. Lesung: 23. März 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 68/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung der Strafprozessordnung, des Strafgesetzbuches und des Jugendgerichtsgesetzes (Nr. 44/2012); [1. Lesung: 24. Mai 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 70/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 55/2012 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Nr. 57/2012)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerer Straftaten (Nr. 61/2012)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Neufassung des Gesetzes über Umweltinformationen sowie die Abänderung des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 55/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Neufassung des Emissionshandelsgesetzes sowie die Abänderung des CO2-Gesetzes (Nr. 56/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 54/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Richterdienstgesetzes (Nr. 64/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Zusammenführung des Hochbauamtes, des Tiefbauamtes, des Amtes für Wohnungswesen, der Bauadministration, der Abteilung Einkauf/Büroplanung sowie die Verlagerung der Landesplanung zu einem Amt für Bau und Infrastruktur (Nr. 65/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Integration der Stabsstelle für öffentliches Auftragswesen in die Stabsstelle Regierungssekretär (Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) und Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG)) (Nr. 60/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Zusammenführung des Amtes für Wald, Natur und Landschaft, des Amtes für Umweltschutz sowie des Landwirtschaftsamtes zu einem Amt für Umwelt (Nr. 59/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Geschäftsverkehrsgesetzes; 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Immobilisierung von Inhaberaktien und Einführung eines Sanktionsmechanismus betreffend die Führung eines Aktienbuches bei Namensaktien) (Nr. 69/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gemeindegesetzes, des Volksrechtegesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 66/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Bankengesetzes (Nr. 71/2012); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten, verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Beantwortung Kleine Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 19./20. September 2012

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom

19./20. September 2012
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 23./24. Mai 2012
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21./22. Juni 2012
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Abstimmungsergebnis der Volksabstimmung vom 29. Juni/1. Juli 2012 über das Initiativbegehren zur Abänderung der Landesverfassung («Ja – damit deine Stimme zählt»)
  Das Abstimmungsergebnis wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die «Schulstandorte und Schulraumplanung – im Kontext zum Landtagsbeschluss vom 21. März 2012» (Nr. 108/2012)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend «Liegenschaften fair besteuern» (Nr. 107/2012)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulat zur Einführung eines neuen Grenzsteuersatzes für Spitzenverdiener des Abgeordneten Pepo Frick vom 28. August 2012
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation «Casino-Konzessionsvergabe» der Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Gisela Biedermann, Arthur Brunhart, Peter Büchel, Peter Hilti, Gebhard Negele und Thomas Vogt vom 27. August 2012
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (II/2012) (Nr. 106/2012)
  Die Nachtragskredite werden genehmigt.
- Totalrevision des Gesetzes über die Schulzahnpflege (Nr. 30/2012); [1. Lesung: 26. April 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 79/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Neufassung des Gesetzes über Umweltinformationen sowie die Abänderung des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 55/2012); [1. Lesung: 21. Juni 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 81/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - Sparbemühungen
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  - Axalo AG
- AHV-BezügerInnen
  - kinderzulagenberechtigte Kinder
- Korruptionsbericht der GRECO
  - drittes Sparpaket
  - Steuervorlage
- Anfrage der Landtagsvizepräsidenten Renate Wohlwend:
  - Reformvorhaben «Trennung von Kirche und Staat»
- Anfrage der Abg. Gisela Biedermann:
  - Abzugsfähigkeit von freiwilligen Spenden
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Historisches Lexikon
  - Verfahrenshilfe
  - Frühpensionierungen
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Einsparungen im Bereich von Medikamenten
- Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  - Doppelbesteuerungsabkommen
- Anfragen der Abg. Diana Hilti:
  - Besuch der Justiz- und Aussenministerin in Wien
  - OKP-Beitrag
- Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  - Kulturbrief
- Neufassung des Emissionshandelsgesetzes sowie die Abänderung des CO2-Gesetzes (Nr. 56/2012); [1. Lesung: 21. Juni 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 80/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG) sowie die Abänderung des Pensionsversicherungsgesetzes für das Staatspersonal (Nr. 24/2012); [1. Lesung: 26. April 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 85/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Wohnbauförderung und die Abänderung des Gesetzes über Mietbeiträge für Familien (Nr. 35/2012); [1. Lesung: 24. Mai 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 78/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Anpassung des Besoldungsgesetzes (Frühpensionierung) (Nr. 46/2012); [1. Lesung: 24. Mai 2012]- Stellungnahme der Regierung (Nr. 73/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Richterdienstgesetzes (Nr. 64/2012); [1. Lesung: 21. Juni 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 72/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gemeindegesetzes, des Volksrechtegesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 66/2012); [1. Lesung: 22. Juni 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 105/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abkommen vom 5. Juli 2012 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung Japans (Nr. 76/2012)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Eignerstrategie der Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten – AIBA (Nr. 87/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.

– Eignerstrategie der Erwachsenenbildung Liechtenstein (Nr. 88/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) (Nr. 89/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Kulturstiftung Liechtenstein (Nr. 90/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Stiftung Kunstmuseum Liechtenstein (Nr. 94/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Stiftung Kunstschule Liechtenstein (Nr. 95/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED) (Nr. 96/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Verkehrsbetriebe LIECHTENSTEINmobil (Nr. 92/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) (Nr. 93/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) (Nr. 97/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Landesbank AG (LLB AG) (Nr. 98/2012)
  Die Beteiligungsstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Liechtensteinischen Landesbibliothek (Nr. 99/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie des Liechtensteinischen Landesmuseums (Nr. 100/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Liechtensteinischen Musikschule (Nr. 101/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie der Universität Liechtenstein (Nr. 102/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 103/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 104/2012)
  Die Beteiligungsstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Einbürgerung von Frau Ajla Hadziavdic, Tanzplatz 6, 9494 Schaan
  Der Einbürgerung wird zugestimmt.
– Zusammenführung des Landesarchivs, der Stabsstelle für Kulturfragen sowie der Abteilung Denkmalpflege und Archäologie des Hochbauamtes zu einem Amt für Kultur (Nr. 74/2012); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Umwandlung der Dienststelle für Sport in die Stabsstelle für Sport (Nr. 75/ 2012); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über berufliche Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung (Sorgfaltspflichtgesetz; SPG) und der Strafprozessordnung (STPO) (Nr. 77/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) zur Umsetzung der Richtlinie 2010/18/EU betreffend die überarbeitete Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub (Nr. 82/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Revision des Medienrechts (Umsetzung der Richtlinie 2010/13/EU, Abänderung des Mediengesetzes und des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk) (Nr. 83/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesundheitsgesetzes (Nr. 84/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Eignerstrategie der AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 86/2012)
  Wird auf die Oktober-Sitzung 2012 verschoben.
– Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK) (Nr. 91/2012)
  Wird auf die Oktober-Sitzung 2012 verschoben.
– Stellungnahme des Landtags und der Regierung zum Rechtsextremismus-Vorfall durch einen Liechtensteiner im Ausland
  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 24./25. Oktober 2012

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25. Oktober 2012
– Postulat «Energie-Land-Liechtenstein» des Abgeordneten Pepo Frick vom 20. September 2012
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Interpellationsbeantwortung betreffend die «Casino-Konzessionsvergabe» (Nr. 111/2012)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Interpellation zum Gesellschaftsrecht der Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Diana Hilti und Thomas Vogt vom 2. Oktober 2012
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Motion zur Ausrichtung eines Förderbeitrages von CHF 3 Millionen im Sinne eines zinslosen Darlehens an den Bau eines Holzheizwerkes der Bürgergenossenschaft Balzers, basierend auf dem (dem Landtag nicht vorgelegten) Bericht und Antrag der Regierung, Version vom 14.4.2011, der Abgeordneten Jürgen Beck, Pepo Frick und Harry

Quaderer vom 20. September 2012
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Telecom Liechtenstein und Netzinfrastruktur
  – Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Landesbank
  – Pläne für ein Amt für Soziales und Gesellschaft
  – Jobsharing an Kindergärten und Schulen
  – Stadttunnel Feldkirch
  – Medienförderung
  – Landtagswahlen 2013
– Anfragen des Abg. Peter Büchel:
  – Strassenbau
  – Telecom Liechtenstein
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  – Elektro-Bike-Tankstellen
– Anfragen der Abg. Diana Hilti:
  – Vernehmlassung zur Schaffung eines Psychosozialen Dienstes Liechtenstein
  – Staatsangestellte und Landtagsmandat
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Landesangestellte im Landtag
  – Gesellschaftswesen
– Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
  – LKW
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Stand des Steuerprogramms «GEMINES»
  – Liechtenstein Disclosure Facility
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Krankenkassenprämien 2013
  – Staatsquote Liechtensteins im Vergleich zum europäischen Umfeld
– Wahl eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für die Verfahren StGH 2012/105, StGH 2012/117 und StGH 2012/128
  Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  Dr. Helmut Schwärzler, Feldkircherstrasse 15, 9494 Schaan
– Abänderung des Finanzbeschlusses vom 22. Oktober 2008 über die Genehmigung eines Verpflichtungskredits über die Mitfinanzierung von Planungsleistungen zum Ausbau der Eisenbahnstrecke Feldkirch-Buchs SG für eine S-Bahn FL-A-CH (Nr. 112/2012)
  Der Abänderung des Finanzbeschlusses wird zugestimmt und er wird für dringlich erklärt.
– Bau und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein für das Jahr 2013 (Verkehrsinfrastrukturbericht 2013) (Nr. 113/2012)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) (Nr. 128/2011); [1. Lesung: 15. Dezember 2011]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) (Nr. 129/2011); [1. Lesung: 15. Dezember 2011]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) zur Umsetzung der Richtlinie 2010/18/EU betreffend die überarbeitete Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub (Nr. 82/2012); [1. Lesung: 20. September 2012]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Revision des Medienrechts (Umsetzung der Richtlinie 2010/13/EU, Abänderung des Mediengesetzes und des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk) (Nr. 83/2012); [1. Lesung: 20. September 2012]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abkommen vom 11. Juni 2012 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Vermeidung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen (Nr. 109/2012)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 173/2012 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) Nr. 531/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union) (Nr. 115/ 2012)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Eignerstrategie für die AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 86/2012)
  Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Beteiligungsstrategie für die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) (Nr. 91/2012)
  Die Beteiligungsstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie des Schulgesetzes (Nr. 27/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) sowie des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (Nr. 110/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften (Nr. 114/2012)
  Die 1. Lesung der Gesetzesvorlage wird auf die Novembersitzung 2012 verschoben.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) (Umsetzung der Richtlinie 2012/6/EU) (Nr. 116/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 21./22./23. November 2012

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom

21./22./23. November 2012
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20. September 2012
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Postulat zur Verbesserung der Situation von Frauen im Schwangerschaftskonflikt des Abgeordneten Pepo Frick vom 29. Oktober 2012
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Ausrichtung eines Förderbeitrages von CHF 1.4 Millionen im Sinne eines zinslosen Darlehens an den Bau des Holzheizwerkes der Heizwerk Malbun Aktiengesellschaft in Malbun der Abgeordneten Pepo Frick und Wendelin Lampert vom 29. Oktober 2012
  Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Richters des Staatsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 1.1.2013 bis 31.12.2017
  Als Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  Dr. Peter Bussjäger, Mokrystrasse 15, A-6700 Bludenz
- Wahl eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 1.1.2013 bis 31.12.2017
  Als Ersatzrichter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  Dr. Christoph Grabenwarter, Dr. Eckner Strasse 3A, A-8043 Graz
- Wahl einer Ersatzrichterin des Obergerichtes für den Rest der Amtsdauer bis 31.12.2014
  Als Ersatzrichterin des Obergerichtes wird gewählt:
  Susanne Rederer, Meierhofstrasse 126F, 9495 Triesen
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Obersten Gerichtshofes für die Amtsdauer vom 1.5.2013 bis 30.4.2014
  Als Ad-hoc-Richter des Obersten Gerichtshofes wird gewählt:
  Dr. Helmut Neudorfer, Schanzweg 4c, A-6800 Feldkirch
- Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung im Rahmen der Umsetzung des «COPENHAGEN ACCORDS» (Nr. 117/2012)
  Der Genehmigung des Verpflichtungskredits wird zugestimmt.
- Finanzplanung 2013 – 2016 (Nr. 120/2012)
  Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  - Quellensteuer-Verhandlungen mit der Schweiz
  - Belastete Standorte
  - Solidaritätsprozent Arbeitslosenversicherung
  - Betriebliches Mobilitätsmanagement Universität Liechtenstein
  - Infrastrukturreport
  - Stellenausschreibung Amtsleiter Soziale Dienste
  - Halo 4-Präsentation in Balzers
  - Neuregelung des elterlichen Sorgerechts
  - Telecom
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  - Verfahrenshilfe
- Anfragen des Abg. Albert Frick:
  - Verlinkung der Regierung mit privatwirtschaftlichen Webseiten
  - Kindergarten in Schaan
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Quellensteuer für Grenzgänger aus der Schweiz
  - Strafvollzug
  - Lohnerhöhungen bei der Finanzmarktaufsicht
- Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  - Auslegung des Finanzhaushaltsgesetzes
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Entwicklung der Gesundheitskosten in Liechtenstein im Vergleich zur Schweiz
  - Staatsquote Liechtensteins im Vergleich zum europäischen Umfeld
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2013 (Nr. 121/2012)
  Der Landesvoranschlag wird genehmigt. Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2013 (Nr. 121/2012) - Fortsetzung
  Der Landesvoranschlag wird genehmigt. Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Mittelfristige Planung staatlicher Bauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2012) (Nr. 131/2012)
  Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesundheitsgesetzes (Nr. 84/2012); [1. Lesung: 20. September 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 122/2012); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 149/2012 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Nr. 118/2012)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 126/2012 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Nr. 124/2012)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Künftige Ausrichtung der Universität Liechtenstein (Nr. 127/2012)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Nutzungspotenzial der Tiefengeothermie in Liechtenstein (Nr. 129/2012)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften (Nr. 114/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung der Jurisdiktionsnorm (Aufhebung des Erfordernisses der öffentlichen Beurkundung von Gerichtsstandsvereinbarungen) (Nr. 126/2012); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Art. 180a und Art. 905 PGR) (Nr. 125/2012); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Zusammenführung des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes und der Opferhilfestelle sowie die Übertragung von Aufgaben aus dem Justizwesen in ein Amt für Justiz (Nr. 119/2012); 1. und 2. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung (Revision des Umweltstrafrechts und Einführung von Wertgrenzen) (Nr. 130/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft (Nr. 123/ 2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Landessubventionen (Subventionsgesetz) - Aufhebung der Positionen 11.1 und 11.2 des Anhanges (Nr. 128/2012); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Geschäftsverkehrsgesetzes; [1. Lesung: 22. Juni 2012]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beantwortung Kleine Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 19./20./21. Dezember 2012

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20./21. Dezember 2012
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25. Oktober 2012
Das Protokoll wird genehmigt.
– Petition zur Pensionsversicherung für das Staatspersonal, beigebracht von Nikolaus Frick, Rüfestrasse 5, 9490 Vaduz, am 27. November 2012
Die Petition wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Petition «Fehlende Übergangsbestimmung im Gesetz vom 3. Juli 1991 über die Baulandumlegung, Art. 12 Kostenverteilung, Abs. 3)», beigebracht von Ulrike Büchel, Fuhraweg 28, 9491 Ruggell, am 4. Dezember 2012
Die Petition wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Motion betreffend die effiziente und effektive Durchführung von Verfahren zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit (WZW-Verfahren) erbrachter medizinischer Leistungen der Abgeordneten Manfred Batliner, Gerold Büchel, Rainer Gopp, Peter Lampert, Wendelin Lampert und Renate Wohlwend vom 23. November 2012
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Interpellation «Telecom Liechtenstein» des Abgeordneten Pepo Frick vom 27. November 2012
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Postulat zur verbesserten Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsprozess des Abgeordneten Pepo Frick vom 27. November 2012
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Bestellung eines Ad-hoc-Vorsitzenden der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten für den Fall VBK 2012/77
Als Ad-hoc-Vorsitzender der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten für den Fall VBK 2012/77 wird bestellt:
Mag.iur. Martin Jehle, Kirchstrasse 6, 9490 Vaduz
– Wahl einer Ad-hoc-Richterin des Landgerichtes für die Zeit vom 1. Februar 2013 bis 31. Juli 2013
Als Ad-hoc-Richterin des Landgerichtes für die Zeit vom 1. Februar 2013 bis 31. Juli 2013 wird gewählt:
lic.iur. HSG Diana Kind, Bühl 17, 9487 Gamprin
– Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Finanzmarktaufsicht (FMA) – Beschwerdekommission für die Mandatsperiode vom 1.1.2013 bis 31.12.2017
Als Präsident der Finanzmarktaufsicht (FMA) - Beschwerdekommission für die Mandatsperiode vom 1.1.2013 bis 31.12.2017 wird gewählt:
Dr. Wilhelm Ungerank, Badäl 225, 9487 Gamprin
Als Vizepräsident der Finanzmarktaufsicht (FMA) - Beschwerdekommission für die Mandatsperiode vom 1.1.2013 bis 31.12.2017 wird gewählt:
Ralf Jehle, Birkenweg 7, 9494 Schaan
– Verkauf der Stockwerkeigentumseinheit «Post Eschen» an die Gemeinde Eschen (Nr. 144/2012)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
– Ausrichtung einer Subvention für den Bau eines Eisplatzes mit Infrastrukturgebäude und Neugestaltung öffentlicher Parkplätze im Malbun (Nr. 151/2012
Dem Antrag bez. Ablehnung des Subventionsantrages wird zugestimmt.
– Liste über den Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge
Die Liste über den Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge wird zur Kenntnis genommen und dem in Ziff. 3 dargelegten Abschreibungsantrag wird zugestimmt.
– Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Nr. 20/2012); [1. Lesung: 23. März 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 148/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 54/2012); [1. Lesung: 21. Juni 2012] -Stellungnahme der Regierung (Nr. 132/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Immobilisierung von Inhaberaktien und Einführung eines Sanktionsmechanismus betreffend die Führung eines Aktienbuches bei Namenaktien) (Nr. 69/2012); [1. Lesung: 22. Juni 2012] -Stellungnahme der Regierung (Nr. 150/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über berufliche Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierte
Kriminalität und Terrorismusfinanzierung (Sorgfalts-

pflichtgesetz; SPG) und der Strafprozessordnung (StPO) (Nr. 77/2012); [1. Lesung: 20. September 2012] -Stellungnahme der Regierung (Nr. 134/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie des Schulgesetzes (Nr. 27/2012; [1. Lesung: 25. Oktober 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 140/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) sowie des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (Nr. 110/2012); [1. Lesung: 25. Oktober 2012] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 141/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Immobilisierung von Inhaberaktien und Einführung eines Sanktionsmechanismus betreffend die Führung eines Aktienbuches bei Namenaktien) (Nr. 69/2012); [1. Lesung: 22. Juni 2012] -Stellungnahme der Regierung (Nr. 150/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften (Nr. 114/2012); [1. Lesung: 22. November 2012] -Stellungnahme der Regierung (Nr. 154/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Immobilisierung von Inhaberaktien und Einführung eines Sanktionsmechanismus betreffend die Führung eines Aktienbuches bei Namenaktien) (Nr. 69/2012); [1. Lesung: 22. Juni 2012] -Stellungnahme der Regierung (Nr. 150/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung (Revision des Umweltstrafrechts und Einführung von Wertgrenzen) (Nr. 130/2012); [1. Lesung: 23. November 2012] -Stellungnahme der Regierung (Nr. 153/2012); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag, LGBl. 2012 Nr. 331
Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
– Protokoll vom 30. März 2012 zur Änderung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. April 1994 (Nr. 133/2012)
Dem Protokoll wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 181/2012 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2011/ 83/EU über die Rechte der Verbraucher) (Nr. 142/2012)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie (Nr. 137/2012)
Dem Fakultativprotokoll wird zugestimmt.
– Ratifikation des Übereinkommens vom 3. Dezember 2008 über Streumunition sowie die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (Nr. 138/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Stellungnahme der Besonderen Landtagskommission Landesspital (BLK) an den Landtag betreffend die strategische Neuausrichtung des Liechtensteinischen Landesspitals (inkl. Bericht der Regierung an die Besondere Landtagskommission Landesspital sowie Bericht und Antrag zur Standortevaluation (Nr. 147/ 2012)
Die Stellungnahme der Besonderen Landtagskommission Landesspital (BLK) sowie die Berichte der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie des Liechtensteinischen Landesspitals – LLS (Nr. 136/2012)
Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Eignerstrategie Liechtenstein Marketing (Nr. 146/2012)
Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
– Anpassung des Besoldungsgesetzes (Frühpensionierung) (Nr. 155/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die betriebliche Vorsorge des Staates sowie die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (Nr. 135/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Informationsgesetzes und des Bevölkerungsschutzgesetzes (Übertragung von Aufgaben der Stabsstelle Regierungssekretär an die Regierungskanzlei (Nr. 145/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Steuergesetzes sowie Postulatsbeantwortung zur Einführung eines neuen Grenzsteuersatzes für Spitzenverdiener (Nr. 139/2012); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten und das Postulat vom 28. August 2012 wird abgeschrieben.
– Wahl des Landesausschusses
In den Landesausschuss werden gewählt:
Landtagspräsident Arthur Brunhart
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
Abg. Peter Hilti
Abg. Elmar Kindle
Abg. Günther Kranz
– Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
– Gesundheitskosten in Liechtenstein
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:

– Liquidationskosten der MS Invest
– Staatsangestellte und Landtagsmandat
– Klimagipfel in Doha
– Anfrage des Abg. Peter Büchel:
– Renovation der Strasse von Mauren nach Schellenberg
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
– Besuch von Aussenministerin Aurelia Frick bei Peer Steinbrück
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
– S-Bahn FL.A.CH
– Anfragen der Abg. Diana Hilti:
– Gespräch von Aurelia Frick mit Peer Steinbrück
– Staatsangestellten und Landtagsmandat
– Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
– Abacha-Geld
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
– Schaffung des Amtes für Soziales und Gesellschaft und des Psychosozialen Dienstes
– Patientenverfügungsregister
– Arbeitslosenentschädigung
– Sanierung Staatshaushalt
– Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
– notfallmässigen zahnmedizinischen Behandlung im Ausland
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
– Lohnstatistik
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
– Schulsport
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
– Umstellung auf DAB+ Radioempfang
– Quellensteuer mit der Schweiz
– Anfrage der Landtagsvizepräsidenten Renate Wohlwend:
– Wildtierschutz-Verordnung
– Kleine Anfragen Beantwortung
– Schliessung des Landtags

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht ist die unabhängige Finanzkontrolle, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, interne und externe Revisionen im Rahmen der Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Seit dem Inkrafttreten des Finanzkontrollgesetzes per 1. Januar 2010 ist die Finanzkontrolle mit einem Personalbestand von 4.4 Stellen organisatorisch dem Landtag zugeordnet.

Den Antrag zur Schaffung der ursprünglich geplanten zwei weiteren Stellen hat die Finanzkontrolle mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates erneut auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Dies hat jedoch zur Folge, dass die fehlenden personellen Ressourcen Abstriche beim Revisionsprogramm notwendig machen, was die Erfüllung des gesetzlichen Prüfauftrages erheblich erschwert.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle beinhalten die Prüfung der Landesrechnung, die Prüfung des Finanzgebarens und der Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, die Prüfung von staatlichen Finanzhilfen und Abgeltungen, die Prüfung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Prüfung der internen Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie die Prüfung von IT-Systemen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.
Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien der Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ausgeübt.

Die Finanzkontrolle erstellt über jede von ihr abgeschlossene Prüfung einen Bericht. Sie übermittelt die Berichte gemeinsam mit einer allfälligen Stellungnahme der geprüften Stelle der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das jährliche Revisionsprogramm wird von der Finanzkontrolle festgelegt und nach Anhörung der Geschäftsprüfungskommission der Regierung zur Kenntnis gebracht. Das Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, interne Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen der Regierung im Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in

der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem immer wieder besondere Aufträge durch.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Stellen, öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Anstalten sowie Schulen.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird nach der Behandlung durch den Landtag auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.fk.llv.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie die Koordination von Weiterbildungsmassnahmen stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Arbeit der Datenschutzstelle (DSS) umfasst die Schwerpunkte Information, Beratung, Aufsicht und die Führung des Registers der Datensammlungen. Die Zahl der Anfragen stieg im Berichtsjahr weiterhin an und erreichte neuerlich eine Höchstzahl. Neben der Beratung war auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit wieder zentral.

Allgemeines

Im Berichtsjahr trat eine erneute Revision des Datenschutzgesetzes in Kraft. Seit Oktober 2012 ist das Gesetz auch im Strafrechts- und Rechtshilfebereich anwendbar. Damit wurde der Geltungsbereich des Gesetzes wiederholt ausgedehnt. Zudem wurde insbesondere die Pflicht zur Anmeldung von Datensammlungen in der Wirtschaft auf Druck der ESA erweitert. Auch die Bestimmung zur vorgängigen Information wurde der allgemeinen Datenschutz Richtlinie angepasst. Dies dürfte sich vorwiegend auf allgemeine Geschäftsbedingungen auswirken.

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen

Im Berichtsjahr wurden neun Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben in verschiedenen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens abgegeben.

Die Stellungnahmen betrafen beispielsweise die Abänderungsgesetze zum Invalidenversicherungs-, zum Treuhändergesetz sowie zur Schaffung eines Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) und einer Verordnung zu Datenschutz-Zertifizierungen.

In der künftigen Verordnung über Datenschutz-Zertifizierung nimmt der Datenschutz eine zentrale Rolle ein. Deshalb arbeitete die DSS sehr eng bei der Ausarbeitung des Textes mit.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen

Im Berichtsjahr gingen acht Neuanträge ein, vier Bewilligungen wurden erteilt. Ende Jahr waren vier Anträge hängig.

Beratung privater Personen und Behörden

Die Beratung privater Personen und Behörden ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 640 Anfragen ein, was einen neuerlichen Rekord bedeutet. Der Aufwand für die Beantwortung kann, je nach Komplexität der Anfrage, sehr unterschiedlich sein.

Auffällig in der nachfolgenden Darstellung ist eine Abnahme im internationalen Bereich, gekoppelt mit einer beachtlichen Zunahme von landesinternen Anfragen. So stiegen Anfragen durch Anwaltsbüros von 37 auf 66,

durch Gemeinden von 9 auf 61, durch Medien von 29 auf 85, durch Privatpersonen von 64 auf 89 und durch Vereine oder Verbände von 6 auf 48. Die Einteilung nach den angefragten Themen ist nur ungefähr möglich, da eine Anfrage oft mehrere Themen betreffen kann. Solche Anfragen werden nur als eine Anfrage wiedergegeben.

Auch im zehnten Jahr seit Bestehen des Datenschutzgesetzes kann somit von einem weiterhin wachsenden Bewusstsein für den Datenschutz gesprochen werden.

	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Internationales	Landesverwaltung und Behörden	Medien	Privatpersonen	Vereine, Verbände
Datenschutz allgemein	14	8	16	35	55	63	25	36
andere Gesetzesvorhaben				2	9			
Arbeitsbereich	2		2		6		3	
Datenbekanntgabe Inland	5	51	9		27		6	3
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	17		14	6	6	1	4	1
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	5	1		1	8		25	4
Gesundheit/Soziales			3		4			1
Keine Zuständigkeit DSS			1		1		6	1
Polizei/Sicherheit					5	1	3	
Register der Datensammlungen	14		21		10			1
Schengen/Dublin					1			
Technologischer Datenschutz		1	4		8	20	9	1
Telekommunikation	3		1		1		1	
Umsetzung/Anwendung europäischen Recht				3				
Vernehmlassung ohne Stellungnahme					22			
Videoüberwachung			6		1		7	
Wirtschaft/Finanzen Gewerbe/Versicherungen	6		3					
Gesamtergebnis	**66**	**61**	**80**	**47**	**164**	**85**	**89**	**48**

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer

Im Berichtsjahr ging eine Meldung ein, wonach ein grenzüberschreitender Datentransfer unter Anwendung der von der Europäischen Kommission verabschiedeten Standardvertragsklauseln auch ohne Genehmigung der Regierung zulässig ist. Die Zahl der europaweit laufenden Verfahren auf Genehmigung von unternehmensinternen Datenschutzregelungen (Binding Corporate Rules, BCR) mit Bezug zu Liechtenstein stieg im Berichtsjahr auf neun an. Diese Verfahren befinden sich grösstenteils noch im ersten Stadium und werden durch die DSS in einem späteren Zeitpunkt zu bearbeiten sein.

Aufsicht

Insgesamt wurden 7 Kontrollverfahren durchgeführt, von denen 3 im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten.

Führung des Registers der Datensammlungen

Zum Jahresende waren 384 Datensammlungen im Register aufgeführt. Die Reduktion zum Vorjahr ergibt sich insbesondere aufgrund der Bezeichnung von Datenschutzverantwortlichen durch Behörden und Private, wodurch diese von der Meldepflicht enthoben werden.

Nachdem bis Ende 2011 25 Datenschutzverantwortliche gegenüber der DSS bezeichnet wurden, stieg die Zahl bis zum 31.12.2012 auf 50 an. Dies hat – wie erwähnt – mit der Bezeichnung von Datenschutzverantwortlichen zu tun. Anderseits wurde mit der letzten Gesetzesrevision die Anmeldung von Datensammlungen auf Druck der ESA auch für die Unternehmen zur Pflicht. Dieser gesetzlichen Pflicht wurde jedoch trotz einer entsprechenden Information der Öffentlichkeit nicht im erwarteten Ausmass nachgekommen.

Die Liste der Datensammlungen und der Datenschutzverantwortlichen ist auf der Internetseite der DSS einsehbar.

Inhaber von Datensammlungen haben jährlich Änderungen im Bestand ihrer Sammlungen zu melden. Auf diese gesetzliche Pflicht wurde hingewiesen. Darauf gingen 93 Anträge im Antragspostfach ein (formlose Mitteilungen per E-Mail unberücksichtigt).

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Seitdem die DSS formell aus der Landesverwaltung ausschied, wird sie nur noch vereinzelt in Arbeitsgruppen berücksichtigt.

Im Berichtsjahr konnte bei folgenden Arbeitsgruppen mitgearbeitet werden:

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über das Zentrale Personenregister (ZPR) am 01.01.2012 wurde eine ZPR-Kommission geschaffen, der verschiedene gesetzliche Aufgaben zufallen. Im ersten Tätigkeitsjahr wurden entsprechend den Übergangsbestimmungen des Gesetzes eine Geschäftsordnung und ein Bearbeitungsreglement geschaffen. Schliesslich sehen die Übergangsbestimmungen vor, dass die Kommission bis Jahresende zu prüfen hatte, ob Behörden, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes Daten im Zentralen Informationssystem bearbeiten oder abfragen dürfen, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür erfüllen. Dem wurde, trotz eines Hinweises durch die DSS, nicht nachgekommen.

Die Arbeitsgruppe für das PCSC-Abkommen im Rahmen des «Visa Waiver Program» hatte die Aufgabe, ein Abkommen mit den USA über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung schwerer Kriminalität auszuarbeiten. Der Datenschutz ist dabei ein Kernanliegen. Auf Grund der Dringlichkeit der Vorbereitung des Abkommens wurde nicht nur eine Stellungnahme abgegeben. Vielmehr ging die DSS ausnahmsweise über den gesetzlichen Auftrag hinaus und nahm bei der Ausarbeitung des Abkommens eine zentrale Rolle ein.

Daneben wirkte die DSS in folgenden Arbeitsgruppen mit: Elektronisches Gesundheitsnetz, Datenerhebung für die Lebenszyklusorientierte Grund- und Alterssicherung (LGA-Datenerhebung), und im Schengen/Dublin-Gremium.

Internationale Arbeitsgruppen

Angesichts einer globalisierten Welt und der rasanten technischen Entwicklungen stellen sich etliche Probleme mit internationalen Aspekten. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden. Für Liechtenstein waren folgende Themen wesentlich:

Anfang 2012 schlug die Europäische Kommission einen neuen Rechtsrahmen für den Datenschutz in Europa vor. Es ist eine Verordnung geplant, die somit in den Mitgliedsländern direkt anwendbar sein wird. Damit soll mehr Rechtssicherheit vor allem auch für die Wirtschaft geschaffen werden. Dies war der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Artikel-29-Arbeitsgruppe, dem EWR-Gremium der unabhängigen Datenschutzbehörden. Daneben wurde die DSS durch die Mission in Brüssel über Sitzungen im Europäischen Rat zum selben Thema auf dem Laufenden gehalten. Vereinzelt wurden Stellungnahmen zu Themen, die aus Sicht des Landes wichtig schienen, abgegeben.

Der Konventionsausschuss nach dem Datenschutzabkommen des Europarates traf sich zweimal. Ziel war die Konvention aus dem Jahr 1981 zu revidieren. Liechtenstein hat das Abkommen samt Zusatzprotokoll ratifiziert.

Zudem fanden verschiedene Sitzungen auf europäischer oder internationaler Ebene statt. Dabei handelt es sich um ideale Foren, um Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Dies ist gerade in einem kleinen Land mit beschränkten Ressourcen sehr wichtig.

Öffentlichkeitsarbeit

Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Datenschutz gehören ebenfalls zu den zentralen Aufgaben der DSS. Eine wesentliche Plattform zur Information der Öffentlichkeit stellt die Internetseite dar, auf der regelmässig und kostengünstig über ein aktuelles Thema berichtet wird. Folgende Themen sind stichwortartig zu nennen:

- Inkrafttreten des revidierten Datenschutzgesetzes
- Bevölkerungsumfrage zum Thema Datenschutz
- Cloud Computing

Die Anzahl der Zugriffe auf die Internetseite nahm ab und betrug während des Berichtsjahres 60'729, bei 10'750 gegenüber 73'356, bei 11'749 Besuchern im Vorjahr (2011).

Zu den Begriffen «Anonymisierung» und «Pseudonymisierung» wurden Richtlinien und zum Thema «Schengen» ein Merkblatt erstellt.

In einem Magazin konnten drei Artikel zu den Themen «nutzerbasierte Online-Werbung», «Internetprotokoll IPv6» und «Sicherheit im Unternehmen» veröffentlicht werden.

Veranstaltung anlässlich des Europäischen Datenschutztages

Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche die breite Öffentlichkeit betreffen. Anlässlich des 6. Europäischen Datenschutztages fand wiederum in Zusammenarbeit mit der Universität Liechtenstein eine öffentliche Veranstaltung zum Thema «Online Targeting» statt. Der Titel lautete «Was weiss das Internet über mich? – Meine Daten als Handelsware!». Über 100 Zuschauer nahmen an der Veranstaltung teil.

Schulungen und Sensibilisierung

Im Rahmen des Projektes «Gateway – Abenteuer Neue Medien» konnte zusammen mit dem Jugendschutzbeauftragten an der Liechtensteinischen Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung (LIHGA) teilgenommen werden. Im Vordergrund standen internetrelevante Themen, wie z.B. die Personensuche auf dem Internet.

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Gesetzes eine repräsentative Umfrage zur Sensibilisierung der Bevölkerung durchgeführt und die Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert.

Für die behördlichen und betrieblichen Datenschutzverantwortlichen fanden zwei getrennte Workshops statt. Dabei wurde die Revision des Datenschutzgesetzes vorgestellt. Zudem fand ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch statt.

Schliesslich fanden erneut eine Schulung an der Universität Liechtenstein und die Datenschutz-Schulung in der Landesverwaltung statt.

[1] Anmerkung zu den Zahlen aus dem Rechenschaftsbericht 2011: Der Rückgang kann dadurch erklärt werden, dass an einem Wochenende im September 2011 eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Zugriffen zu verzeichnen war.

Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche

Ombudsperson: Margot Sele

Rechtsgrundlage

Mit der Ratifizierung der 1989 von der UNO verabschiedeten Kinderrechtskonvention (UNKRK) hat sich Liechtenstein 1995 verpflichtet, die Kinderrechte zu respektieren und umzusetzen. Im neuen Kinder- und Jugendgesetz (KJG), welches am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist, wurde die Grundlage für die Funktion einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche geschaffen. Der Auftrag der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendgesetz (KJG), Art. 96 – 100. Im Oktober 2009 wählte der Landtag die erste Ombudsperson für eine Amtsdauer von 4 Jahren.

Gesetzlicher Auftrag

Laut Kinder- und Jugendgesetz (KJG) hat die Ombudsperson folgende Aufgaben zu erfüllen:

Allgemein zugängliche Anlaufstelle
Die Ombudsstelle ist eine allgemein zugängliche, neutrale und kostenlose Anlaufstelle in allen Fragen und Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Es können sich Kinder und Jugendliche selber, aber auch Erwachsene an die Ombudsfrau wenden. Die Ombudsperson ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Ombudsperson hat bei Bedarf zwischen Kindern und Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten einerseits und Gerichten, Landes- sowie Gemeindebehörden andererseits zu vermitteln. Auch Probleme mit öffentlichen und privaten Betreuungsorganisationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson.

Monitoringfunktion
Die Ombudsperson überwacht die Umsetzung internationaler Übereinkommen insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UNKRK). Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Ombudsperson auch eigene Untersuchungen durchführen. Zudem wird sie im Interesse von Kindern und Jugendlichen bei Behörden und anderen Institutionen mit Eingaben oder Beschwerden vorstellig und hat Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht bei

Gerichten, Landes- und Gemeindebehörden sowie privaten Einrichtungen und Organisationen (KJG Art. 98).

Weitere Aufgaben
Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche in besonderem Masse berühren, nimmt die Ombudsperson im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit, um einerseits über die Kinderrechte und damit verbundene Themen zu informieren und andererseits auf die Ombudsstelle und deren Aufgaben aufmerksam zu machen. Die Ombudsperson verfasst jährlich einen Tätigkeitsbericht zu Handen des Landtags.

Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Jahr 2012

Anlauf- und Beschwerdestelle
Im Berichtsjahr 2012 wurde die OSKJ- Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche in 18 Fällen kontaktiert. In den einzelnen Fällen ging es um Anliegen, Anregungen und Fragen zu unterschiedlichen Kinder- und Jugendthemen. Zudem gab es Beschwerden betreffend die Vorgehensweise oder zu Entscheidungen von Behörden und Institutionen. Die an die OSKJ herangetragenen Anliegen waren unterschiedlicher Art. Eine gewisse Häufigkeit ist im Bereich Schulprobleme sowie Familien- und Erziehungsprobleme festzustellen. Je nach Problemstellung hat die Ombudsfrau mit den betroffenen Stellen Kontakt aufgenommen, um sich ein Bild über die Vorgehensweise zu machen. In einigen Fällen ist es der Ombudsfrau gelungen, zwischen den Parteien zu vermitteln oder zu einer Lösung des Problems beizutragen.

Es ist festzustellen, dass im Berichtsjahr weniger Anliegen betreffend Obsorgestreitigkeiten an die Ombudsstelle herangetragen wurden als in den vergangenen Jahren. Dies lässt jedoch kaum den Schluss zu, dass sich das Problem der Obsorgestreitigkeiten verringert hat. Vielmehr ist anzunehmen, dass sich in den entsprechenden Kreisen herumgesprochen hat, dass die OSKJ in diesem Bereich wenig Hilfestellung bieten kann. Die Anzahl von Jugendlichen, welche direkten Zugang zu der OSKJ fanden, hat sich leicht erhöht (in 5 von insgesamt 18 Fällen). Dennoch ist die Ombudsstelle nach wie vor eine hochschwellige, in der Bevölkerung noch zu wenig bekannte Anlaufstelle. Der Auftrag des Landtages an die Ombudsperson lautete, eine niederschwellige Anlaufstelle zu schaffen, welche auch für Kinder und Jugendliche zugänglich ist. Um dies zu verwirklichen, fehlt es vor allem an den hierfür erforderlichen Mitteln. Schon eine geringfügige Erhöhung der zeitlichen und finanziellen Ressourcen könnte die Situation verbessern. Entsprechende Anträge wurden bisher vom Landtagsbüro abgewiesen.

Monitoring-Funktion: Veröffentlichung Kinder- und Jugendbericht 2011
Mit der Veröffentlichung des Kinder- und Jugendberichts 2011, ein Gemeinschaftsprojekt der OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche und des Kinder- und Jugendbeirates (KIJUB), welche Anfang Juli 2012 erfolgte, kommt die OSKJ ihrer Monitoring-Funktion nach. Der Kinder- und Jugendbericht 2011 wurde im Rahmen des dritten und vierten Länderberichts Liechtensteins zuhanden des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes in Genf eingereicht. Der Kinder- und Jugendbericht 2011 gibt Auskunft über die Lebenssituation von jungen Menschen in Liechtenstein und wurde so konzipiert, dass er auch der liechtensteinischen Öffentlichkeit sowie Politikern und Behörden nützliche Informationen liefert. Im Rahmen von verschiedenen Projekten und in Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen in Liechtenstein wurden Kinder und Jugendliche über die Kinderrechte informiert, bekamen Gelegenheit, sich damit auseinanderzusetzen und wurden dazu befragt, was sie in Liechtenstein gut finden, was sie stört und was sie verändern würden. Insgesamt wurden 1006 Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 18 Jahren befragt. Das sind 20% der in Liechtenstein lebenden jungen Menschen dieser Altersgruppe. Neben den Ergebnissen der Befragung enthält der Bericht konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen und zur konsequenten Umsetzung der Kinderrechte

Besuch des Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg
Im Rahmen seines Besuches in Liechtenstein am 24. Februar 2012 führte der Menschenrechtskommissar des Europarates, Herr Thomas Hammarberg, Gespräche mit verschiedenen NGO-Organisationen und mit der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche, bevor er sich dann mit Regierungsmitgliedern traf. In der anschliessenden Presseerklärung zu seinem Besuch in Liechtenstein empfahl Herr Hammarberg unter anderem die Schaffung einer Ombudsstelle für Menschenrechte zur Stärkung der Bemühungen im Kampf gegen Diskriminierung und den Ausbau der Ressourcen der bereits bestehenden Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche.

Stellungnahme zu Vernehmlassungen
Im Rahmen der Verwaltungsreform wurde die Ombudsperson von den Ressorts Gesundheit und Soziales zu informellen Gesprächen betreffend einer möglichen Eingliederung der Ombudsstelle in ein Zentrum für Menschenrechte eingeladen. In ihrer Stellungnahme vom 24. Oktober 2012 zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betr. die Schaffung eines Psychosozialen Dienstens und eines Zentrums für Menschenrechte sprach sich die Ombudsperson für eine Angliederung der OSKJ an ein Zentrum für Menschenrechte aus. Aus verschiedenen Gründen fand die Bildung eines Zentrums für Menschenrechte dann aber keinen Eingang in den anschliessenden Bericht und Antrag der Regierung vom Nr. 149/2012.

Vernetzung mit Institutionen und Organisationen im FL – Zusammenschluss zur Kinderlobby Liechtenstein
Im Berichtsjahr konnte der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen fortgesetzt werden. Die anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung zum Tag der Kinderrechte 2011 begonnene Zusammenarbeit verschiedener Organisationen hat sich weiterentwickelt und mündete in einen Zusammenschluss zur Kinderlobby Liechtenstein. Die Kinderlobby Liechtenstein versteht sich als Netzwerk für Kinderrechte und trifft sich seit Januar 2012 regelmässig zu gemeinsamen Sitzungen. Im Vordergrund steht dabei der regelmässige Informationsaustausch. Weitere Aktivitäten sind die Organisation einer Veranstaltung zum Tag der Kinderrechte vom 20. November und die Koordination von Ferienveranstaltungen für Kinder. Der Kinderlobby Liechtenstein haben sich mittlerweile 18 Organisationen angeschlossen. Ansprechperson und Koordinatiorin der Kinderlobby ist die Ombudsperson für Kinder und Jugendliche.

Weiter wirkte die Ombudsfrau auch im Berichtsjahr in der Arbeitsgruppe «Obsorge» mit, welche sich unter anderem für eine der Trennung/Scheidung vorgelagerten Mediation für Eltern mit Kindern bis 16 Jahren einsetzt. 2012 konnte die Arbeitsgruppe Obsorge zwei weitere Round-Table-Gespräche mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick führen. Die Arbeitsgruppe Obsorge setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Frauennetzes, des Vereins für Männerfragen, des Vereins für Mediation sowie der OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche und der Stabstelle für Chancengleichheit (Koordination).

Direkter Kontakt mit Kindern und Jugendlichen
Der direkte Kontakt mit Kindern und Jugendlichen trägt einerseits dazu bei, eine gewisse Niederschwelligkeit der Anlaufstelle zu erreichen, andererseits bietet er Gelegenheit, über die Kinderrechte zu informieren. Auf Anfrage der Caritas hat die Ombudsfrau im Berichtsjahr dem Kinder-Ferienlager in Malbun einen Besuch abgestattet. Mittels eines Kinderrechte-Workshops bekamen die Ferienkinder Gelegenheit, sich mit ihren Rechten und Pflichten auseinanderzusetzen. Im Rahmen der JUBEL-Vollversammlung vom 15. Februar 2012 wirkte die Ombudsperson als Mentorin des Jugend-Projektes «Ausziehen mit 16?» mit.